

# Erklärung

## der in Rio de Janeiro anwesenden deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zum Abschluß der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung (UNCED)

Rio, den 13.6.1992

---

### UNCED: Regierungen unfähig, die globale Krise zu lösen

Die Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung UNCED hat es vermocht, die Themen Umwelt und Entwicklung in die öffentliche Diskussion zu bringen. Der Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung wird angesprochen, und die dramatischen Folgen für unseren Planeten werden nicht mehr geleugnet. Die erhoffte Trendwende ist jedoch nicht erfolgt. Positiv zu bewerten ist, daß erstmalig Nichtregierungsorganisationen (NGOs) an den Verhandlungen teilnehmen durften. Dennoch ist die Entscheidungsfindung im aktuell existierenden UN-System für die rapide wachsende globale Krise im Umwelt- und Entwicklungsbereich nicht mehr adäquat. Hierzu wären grundlegende Reformen und Beteiligungsmöglichkeiten von NGOs vonnöten. Trotz aller konstruktiver Kritik seitens der Wissenschaft und der NGOs vor und während der Konferenz waren die Regierungen nicht in der Lage, den von ihnen selbst vor zwei Jahren gesetzten Anforderungen gerecht zu werden.

Sie konnten sich in allen wichtigen Bereichen nur auf einen Minimalkonsens einigen. In vielen Kernfragen gab es keine befriedigende Lösung:

- ❶ Während UNCED redeten die Regierungen von "nachhaltiger Entwicklung" (sustainable development) - ein neues Entwicklungsmodell ist jedoch nicht in Sicht. Herkömmliche Konzepte, wie Wirtschaftswachstum, technologischer Fortschritt sowie größerer Finanztransfer werden zur Maxime für die soziale und ökologische Umgestaltung erhoben. UNCED enttäuscht alle jene, die geglaubt haben, daß ein globaler Konsens über eine ökologisch und sozial gerechte Verteilung erreicht werden könnte. Hier bleibt die Konferenz die Antwort schuldig.
- ❷ Eine neue Qualität der Nord-Süd-Zusammenarbeit, die auf gleichen Rechten, Pflichten und Chancen aufbaut, läßt sich nicht erkennen. Die Lösung der globalen Krise soll vielmehr auf den Süden abgewälzt werden, ohne den Süd-Nord-Ressourcenabfluß umzukehren und die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Bush-Initiative ist dafür ein Beispiel: der Schutz der Wälder im Süden soll den Norden davon entlasten, verbindliche Reduktionsziele von Treibhausgasen zu akzeptieren. Die AGENDA 21 enthält kaum Maßnahmen zur ökologischen Strukturanpassung im Norden.

Strategie der Industriestaaten war es von Anfang an, zentrale Forderungen, wie die Veränderung der Konsumstandards, im Verhandlungsprozeß so stark zu

verwässern, daß sie nicht mehr aussagekräftig sind. Die internationalen Rahmenbedingungen einer öko-sozialen Entwicklung wurden konsequent ausgeklammert, z.B.:

- Fragen der ökologischen Strukturanpassung im Norden und im Süden;
- Veränderung von verschwenderischen Konsumstandards und Produktionsformen in Norden, aber auch bei den Eliten im Süden;
- die Kontrolle von Transnationalen Konzernen (Produktionsanlagen, Verhaltenskodex, Umweltbilanzen, Export und Produktion von Produkten in Länder/n der Dritten Welt, die im Ursprungsland verboten sind, etc.);
- die ökologische Zerstörung und soziale Marginalisierung als Folge der von IWF und Weltbank oktroyierten Strukturanpassungsprogramme im Süden;
- Fragen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie Verschuldung, sinkende "terms of trade", Handelsprotektionismus im Norden, Subventionen von EG-Agrarexporten;
- die negativen Auswirkungen von Kriegen, Rüstungsausgaben und militärischer Produktion;
- die Problematik der Atomenergienutzung als wesentlicher Bestandteil unserer Energieerzeugung.

- ③ Die verabschiedete Klimakonvention liegt unterhalb des ökologisch Gebotenen und technisch Machbaren. Die Selbstverpflichtung der EG, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß auf dem Niveau von 1990 bis zum Jahr 2000 zu stabilisieren, ist allerdings ein positives politisches Signal.
- ④ Die Konvention zum Schutz der Biodiversität, die sich zu der gemeinsamen Verantwortung für den Erhalt der biologischen Vielfalt bekennt, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie hat jedoch noch kein Instrument geschaffen, das Staaten zur Rechenschaft zieht, die ihre Pflichten verletzen.
- ⑤ Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen wird eine Wälderkonvention von vielen Ländern des Südens als Eingriff in ihre Souveränität kategorisch abgelehnt. Die Prinzipienklärung zum Waldschutz ist ein Tiger ohne Zähne: der Norden versuchte konsequent, die Tropenwälder in das Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken und vermied damit eine ausreichende Thematisierung seiner gegenwärtigen Nutzungsformen, sowie insbesondere seiner historischen Verantwortung. Südliche Länder verweigerten eine Beschränkung der Handelsförderung für Produkte aus nachhaltiger Bewirtschaftung. Der Begriff "nachhaltige Entwicklung von Waldressourcen" wird nicht definiert.
- ⑥ Die ursprünglich groß angekündigte Erd-Charta ist zu einer unverbindlichen Prinzipienklärung, der sogenannten Rio-Deklaration verkommen. Die "business as usual"-Philosophie ist nur um grüne Rhetorik erweitert worden. Die Ungleichheit in der Welt soll unter Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten beibehalten werden. Die Weltgemeinschaft ist nach wie vor nicht bereit, die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen anzuerkennen, geschweige denn diese umzuverteilen.

## GLOBAL FORUM

Das zur offiziellen Rio-Konferenz parallel verlaufene Weltforum der Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen kann unter mehreren Aspekten als Erfolg angesehen werden:

- ❶ Für viele der beteiligten Organisationen und Initiativen war es eine herausragende Gelegenheit, Erfahrungen, Ideen und Forderungen mit denen aus anderen Ländern, Kontinenten und Kulturen zu konfrontieren und Impulse für ihre Arbeit mitzunehmen.
- ❷ Über das internationale Forum setzte sich der Prozeß der Beobachtung und kritischen Bewertung der von den Regierungen getragenen Positionen bis nach Rio selbst fort und gewann dort zusätzliches öffentliches Gewicht.
- ❸ Wo in der offiziellen Konferenz Probleme ausgeklammert oder durch Minimalkompromisse abgetan wurden - Schuldenproblem des Südens, Konsumgewohnheiten des Nordens, faire Bedingungen des Handels, Kritik des Weltwirtschaftsmodells mit der wachsenden Kluft zwischen Armut und Überfluß, Gefahren der Gentechnik und Nuklearenergie, Unterbindung des Giftmüllexports - wurden sie von Arbeitsgruppen des Forums in den Mittelpunkt gerückt. In einer Reihe von über 30 "alternativen Verträgen" haben sich die NGOs zu weiterer gemeinsamer Arbeit an solchen Problemen verabredet und verpflichtet.
- ❹ Vor allem die Arbeit des Weltfrauenzentrums im Rahmen des Globalen Forums war von Intensität und Konsens geprägt, wo es um die Kritik regierungsamtlicher Bevölkerungspolitik und um das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung in Gesellschaft, Familie und Reproduktion ging. Frauen verlangten, als Hälfte der Weltbevölkerung frei über sich und ihre Familienplanung zu entscheiden. Das Argument der Überbevölkerung in der Dritten Welt darf nicht dazu mißbraucht werden, daß Frauen zu Objekten erniedrigt werden und ihnen das Recht auf Selbstbestimmung über die Reproduktion genommen wird. Im Plenum der Frauen wurde mit breitem Konsens das bestehende Weltwirtschaftssystem wegen seines ausbeuterischen Charakters abgelehnt. Der Anspruch von Frauen auf gleichberechtigte Mitbestimmung in allen Fragen von Entwicklung, Umwelt und des Schutzes der Menschenrechte ist ein weiteres Stück gestärkt worden.
- ❺ Das Globale Forum hat in den Mittelpunkt der Debatte gerückt, was regierende Eliten auch in Rio eher vergessen und verdrängen wollten: die Notwendigkeit, die Bekämpfung der Armut von Milliarden von Menschen zur ersten Priorität weltweiter Entwicklungspolitik zu machen und veränderte Konsummuster vor allem für die Länder des Nordens zu finden.

Auch wurde die Forderung laut, daß im Nach-UNCED-Prozeß die Rolle von NGOs in politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen weiter gestärkt und partizipatorische Strukturen gefördert werden müssen.

Gleichzeitig müssen gerade gegenüber der im offiziellen UNCED-Prozeß betonten Souveränität der Regierungen, bzw. Staaten, die Rechte der Bevölkerung im Zugang zu und bei der Kontrolle über Ressourcen gestärkt werden. Dazu gehört auch eine Aufwertung des Sachverstandes und der Fähigkeit zu nachhaltigen Nutzungsformen der Natur, die in der Bevölkerung vorhanden sind.

---

Bensheimer Kreis: Christian Wilmsen - Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienste, Planungs- und Grundsatzabteilung; Karin Stahl - Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED); Margareta Kulesa - Naturschutzbund; Christian Mittag - Terre des Hommes Deutschland; Peter Mucke - Projektstelle UNCED des DNR und BUND; Barbara Unmüßig - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND); Arno Behlau - Naturfreundejugend; Steffen Haug

## Forderungen an die Bundesregierung

Der Norden muß Schädigungen gegenüber den Ländern der Dritten Welt unterlassen. Dazu gehören:

- subventionierte Agrarexporte seitens der Industrieländer;
- Abschaffung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Korruptionszahlungen in Entwicklungsländern;
- keine chemischen Produkte oder Technologien zu exportieren, die in Deutschland nicht zugelassen sind. Die Bundesregierung sollte hier die Initiative für ein internationales Vertragswerk ergreifen;
- keinen Abfall und Sondermüll in die Dritte Welt oder nach Osteuropa zu exportieren sowie Wirtschaftsgüter beim Export einer stärkeren Kontrolle zu unterziehen;
- die Unterlassung von Rüstungsexporten, sowie die Lieferungen von Atomtechnologien.

Ferner fordern wir, daß sich die Bundesregierung für folgende Ziele nachdrücklich einsetzt:

- eine umfassende Lösung des Schuldenproblems;
- eine weitreichende Reform der internationalen Institutionen der Entwicklungsfinanzierung. Ohne sie ist nicht sichergestellt, daß neue Finanzen für eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung verwendet werden;
- Aufstockung der Entwicklungshilfe auf mindestens 0,7% des BSP, national und international, spätestens bis zum Jahr 2000.

Wir fordern für die Klimakonvention die sofortige Ratifizierung und die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen zu Protokollen für alle Treibhausgase, in denen kürzere Zeitvorgaben festgelegt werden. Deutschland muß endlich damit beginnen, sein nationales Reduktionsprogramm in die Tat umzusetzen (z.B. Tempolimit).

Auch zur Konvention über die biologische Vielfalt fordern wir eine schnelle Verhandlung von Protokollen, von Haftungsregelungen und von wirksamen Überwachungssystemen.

Wir fordern, das Mandat der neu gegründeten "Commission for Sustainable Development" so zu definieren, daß auch die bei UNCED ausgeklammerten Themen auf die Tagesordnung kommen. NGOs müssen von Anfang an in die konzeptionelle Arbeit, in die Entscheidungsstrukturen der Kommission und in die Überwachung der Ziele der AGENDA 21 einbezogen werden.

Allgemein ist die Bundesregierung aufgefordert, ihre ökologische Glaubwürdigkeit durch konkrete Maßnahmen, Signale und Impulse nach der Rio-Konferenz unter Beweis zu stellen.